

M Ostdeutsche Morgenpost

Herausgeber: Verlagsanstalt Kirsch & Müller, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Marjacka 1, Tel. 488; P. K. O. Katowice, Verlagsanstalt Kirsch & Müller, Sp. z ogr. odp., Konto 301989.

Erste oberschlesische Morgenzeitung
Erscheint täglich, auch Montags (siebenmal in der Woche).
Bezugspreis: 5.- Zloty

Anzeigenpreise: 10 gespaltene Millimeterzeile im polnischen Industriegebiet 20 Gr., auswärts 30 Gr., Amtliche und Heilmittel-Anzeigen sowie Darlehns-Angebote von Nichtbanken 40 Gr. 4 gespaltene Millimeterzeile im Reklameteil 1,20 Zl. bzw. 1,60 Zl. Gewährter Rabatt kommt bei gerichtlicher Betreibung, Akkord oder Konkurs in Fortfall. — Anzeigenschluß: abends 6 Uhr

Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, die nach Möglichkeit innegehalten werden, sowie für die Richtigkeit telefonisch angegebener Inserate wird keine Gewähr übernommen, und kann die Bezahlung aus diesen Gründen nicht verweigert werden. — Streiks, Betriebsstörungen usw., hervorgerufen durch höhere Gewalt, begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugsbetrags oder Nachlieferung der Zeitung.

In Vorbereitung:

Reichsgesetz gegen Denunziantentum

Wer eine Anzeige erstattet, soll die volle Verantwortung tragen

Korruptionsbekämpfung ist nicht Korruptionsriecherei

Neuer preußischer Justiz-Erlass

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 28. April. In der nächsten Zeit dürfte ein Denunziantengesetz erlassen werden. Das neue Gesetz soll den Zweck haben, die ungeheure Flut von haltlosen Anzeigen, die heute bei den Behörden eingehen, abzdämmen und jedem, der der Behörde eine Mitteilung macht, die volle Verantwortung für die Richtigkeit seiner Mitteilung aufzuerlegen. Das ist dadurch notwendig geworden, daß vielfach Leute, die der heutigen politischen Richtung in keiner Weise nahe stehen, glauben, die Konjunktur dazu auszunutzen zu können, persönliche Streitigkeiten auszutragen und ihren persönlichen Gegnern durch Anzeige Schwierigkeiten zu machen.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der Preussische Justizminister einen Erlass herausgegeben, in dem es u. a. heißt:

„In durchaus richtiger Erkenntnis der Notwendigkeit, die größeren und bedeutungsvollen Korruptionsfälle in erster Linie und mit allergrößter Beschleunigung zu klären, haben die mir unterstellten Staatsanwaltschaften sachgemäß und mit Erfolg die Bekämpfung der Korruption aufgenommen.“

In einer Zeitung ist unbegreiflicherweise die Meinung aufgetaucht, die Korruptionsbekämpfung könne im Grunde auch zur Korruptionsriecherei werden. Erfahrungen in dieser Richtung hat das Justizministerium bisher nicht zu machen vermocht. Das Justizministerium dankt vielmehr der Öffentlichkeit

für die verständnisvolle Mithilfe bei der Bekämpfung der Korruption. Ich kann mir auch nicht denken, daß solche Befürchtung in Zukunft Berechtigung bekommen könnte. Immerhin hebe ich hervor, daß es

selbstverständlich erforderlich ist, bei der Bekämpfung der Korruption den klaren Blick zu behalten

und nicht in den Fehler zu verfallen, Kleinigkeiten und Nichtigkeiten zum Gegenstand von Untersuchungen der Korruptionsbekämpfung zu machen. Das würde meinem seinerzeit gestellten Grundsatz widersprechen, daß man nunmehr in Preußen nicht mehr sagen dürfte: „Die Kleinen hängt man und die Großen läßt man laufen.“

Goering-Erlass gegen unberechtigte Verhaftungen

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 28. April. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der Preussische Ministerpräsident Goering in seiner Eigenschaft als Innenminister an alle nachgeordneten Behörden am 28. April folgenden Erlass über die Zuständigkeit für Verhaftungen gerichtet.

„In letzter Zeit sind mir wiederholt Fälle bekanntgeworden, in denen nicht befugte Stellen, auch einzelne Dienststellen des Ministeriums Verhaftungen von Personen angeordnet und durchgeführt haben, obwohl hierzu hinreichende Veranlassung nicht gegeben war. Auch ist bei mir des öfteren zur Sprache gebracht worden, daß solche Stellen, unter mißbräuchlicher Benutzung meines Namens sowie mir unterstellte Behörden, insbesondere polizeiliche Dienststellen, Unberechtigten mit Willkür verhaften, Festnahmen auszuführen.“

Ich erlaube, nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß die

Befugnis zur Festnahme lediglich den ordentlichen Polizeibehörden zusteht,

die ihre Anweisungen auf Grund der ihnen zu unterbreitenden Vorgänge nach Prüfung aus eigenem Ermessen durchzuführen haben. Aufträge zu Festnahmen haben diese Behörden allein

von mir, als dem Minister des Innern, meinem Staatssekretär und den verantwortlichen vorgeordneten Dienststellen (Kommissare abW, gelten nicht als derartige Dienststellen) entgegenzunehmen.

Gegen Zuwiderhandlungen gegen diese meine Anordnung werde ich unnahezu scharf vorgehen und die Schuldigen gegebenenfalls auch strafrechtlich zur Verantwortung ziehen. Bei der Anordnung von Beschränkungen der persönlichen Freiheit nach Maßgabe des § 1 der Verordnung zum Schutze von Volk und Staat vom 28. 2. 33 ist auch immer die Innehaltung der im Runderlaß vom 3. März 1933, Ziffer I, gezogenen Grenzen sorgfältigst zu beachten. Die Verhängung der Polizeihaft gegen Korruptionsverdächtige hat daher in Zukunft zu unterbleiben.“

Der Reichsführer des Kampfbundes für deutsche Kultur, Rosenberga, hat die Errichtung einer Zentralstelle für Theaterwesen angeordnet.

Auf dem Gelände der Gmdener Deringsschifferei ist ein Großfeuer ausgebrochen. Die Feuerwehren und zahlreiche Hilfsmannschaften der SA. sind auf dem Wege zur Brandstelle.

Nadolny-Ansprache in Genf

(Telegraphische Meldung)

Genf, 28. April. Der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz begann die Beratungen über den abrüstungstechnischen Teil des englischen Abrüstungsentwurfes. Die Verhandlungen sind von größter Bedeutung, denn der englische Entwurf schlägt bestimmte Lösungen unter Einbeziehung von Ziffern vor. Zum ersten Abschnitt über die Effektivitäten erklärte der Amerikaner Norman Davis, seine Delegation sehe sich für die vorgeschlagenen Bestimmungen in ihrer augenblicklichen Gestalt ein und verzichte auf Abänderungs- und Zusatzanträge, obwohl der Entwurf in diesem Punkte hätte weitergehen können.

In eingehenden Darlegungen begründete der deutsche Abrüstungsdelegierte, Botschafter Nadolny, den deutschen Standpunkt und die von der deutschen Delegation eingereichten Abänderungsvorschläge. Nadolny erklärte u. a.: „Ich will nicht nochmals wiederholen, daß wir 14 Jahre lang auf die Erfüllung der Verpflichtungen gewartet haben, die, wie man weiß, nicht von uns aufgestellt worden sind, sondern von der Gegenseite und die diese in völliger Freiheit unterschrieben hat. Haben wir uns nicht mit dem besten Willen immer auf Verhandlungen über Sicherheitsansprüche eingelassen, trotzdem der Völkerbundspakt nirgends die Abrüstung von Bedingungen solcher Art abhängig macht und ein

Bedürfnis nach Sicherheit nur auf unserer Seite angesichts unserer Abrüstung vorhanden

ist? Haben wir nicht für die Verwirklichung der Gleichberechtigung eine Übergangsperiode angenommen, obgleich eine solche laut Völkerbundsbeschluss lediglich für die Herabsetzung der hohen Rüstungen nicht aber für die laut Artikel 8 vorgeschriebene Herstellung des Mindestmaßes an nationaler Sicherheit vorgesehen ist? Beachten Sie wohl, daß wir bis jetzt nicht einmal alle Forderungen gestellt haben, die sich aus der Gleichberechtigung ergeben. Wir hoffen, daß die Mäßigung, die wir gezeigt haben, die anderen Staaten dazu führen wird, den Beweis zu liefern, daß auch sie guten Willens sind, damit wir bald zu einer Einigung kommen werden. Aber was wir fordern, ist Gerechtigkeit und Gleichberechtigung für alle.“

Warschau, 28. April. Die Nationalversammlung ist für den 8. Mai d. J. nach Warschau einberufen worden. Sie soll die Wahl des neuen Staatspräsidenten vornehmen.

Der Preussische Innenminister hat in Beantwortung einer Staatsratsanfrage mitgeteilt, daß der Gesundheitsrat als erste praktische Maßnahme den Entwurf eines Gesetzes über eugenische Sterilisation ausgearbeitet habe.

Im Hauptkammeraal des Reichsgerichts wurde die Sachcharakteristik der nationalsozialistischen Beamtenschaft gegründet. Oberlandesgerichtspräsident Dr. Gutjahr hielt eine Ansprache.

4000 Zentner Getreide verbrannt

Großfeuer in Potsdam — Selbstentzündung?

(Telegraphische Meldung)

Potsdam, 28. April. Aus bisher unbekannter Ursache entstand morgens gegen 4 Uhr in der zum Probiantamt gehörenden Dampfmaschine in der Leipziger Straße unmittelbar an der Havel ein Großfeuer. Alle Wehren aus der ganzen Umgebung sind angerückt und gaben aus 30 Schlauchleitungen Wasser. Die meterhoch gestapelten Kornvorräte wurden ein Raub der Flammen. Die Größe des Schadens ist noch nicht zu übersehen.

Zu der Bekämpfung des Großfeuers im Potsdamer Dampfmaschinenwerk mußten alle Feuerwehren aus Potsdam und der gesamten Umgebung herangezogen werden. Als die ersten Züge anrückten, standen bereits das vierte und fünfte Stockwerk des Reinigungsgebäudes mit seinen riesigen Maschinenanlagen in hellen Flammen. Nach stundenlangem Kampf konnte ein Uebergreifen des Brandes auf die umliegenden Gebäude verhindert werden. 4000 Zentner Getreide wurden ein Raub der Flammen. Der Betrieb ist auf lange Zeit lahmgelegt. Bei den Löscharbeiten erlitten zwei Feuerwehrleute Rauchvergiftungen und mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Ueber die Brandursache läßt sich genaues noch nicht sagen, doch vermutet man Selbstentzündung.

Eröffnung des Bayerischen Landtages

(Telegraphische Meldung)

München, 28. April. Mit einem Staatsakt hat der Bayerische Landtag seine Arbeit begonnen. Präsident Effer hieß den Reichsstatthalter, Ritter von Epp, willkommen. Darauf entwickelte Ministerpräsident Siebert das Programm der Bayerischen Staatsregierung. Mit dem Statthaltergesetz sei für Jahrhunderte die politische Einheit des Reiches hergestellt. Trotzdem seien die Länder noch Staaten geblieben, die in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht in dem starken Reich ihr geschichtlich begründetes Eigenleben — immer gerichtet auf die Ganzheit des deutschen Volkes — führen könnten, eine besonders in Bayern dankbar empfundene Lösung der deutschen Frage. Darum danke die neue Bayerische Regierung dem Schöpfer des Neuen Reiches, daß er die innere Einheit des Volkes erkämpft und errungen habe.

Dollar und Mark

Warum die Mark stabil bleibt

Von

Ernst Prinz von Ratibor

Im Zusammenhang mit der Entwertung des amerikanischen Dollars hat man geglaubt, der Bewegung an den deutschen Börsen die Begründung unterlegen zu können, daß es sich auch hier um eine Art Flucht in die Sachwerte handele. Diejenigen Leute, die auch nur an die Möglichkeit einer Inflation in Deutschland glauben, übersehen aber die entscheidenden Unterschiede, die für die Bewertung von Dollar und Mark maßgebend sind. In Amerika ist die Abwertung des Dollars in vollem Bewußtsein und in voller Freiwilligkeit der amerikanischen Regierung erfolgt. Irigendwelche besitztechnischen Momente lagen für das Abgehen des Dollars vom Goldstandard überhaupt nicht vor. In Deutschland hingegen ist man, und darüber lassen die verschiedensten Erklärungen von höchster Regierungsseite keinerlei Zweifel, fest entschlossen, die Stabilität der Mark unter allen Umständen zu verteidigen.

Ein gläubiger Land wie Amerika, das eine aktive Handelsbilanz, einen Goldvorrat im Betrage von 18 Milliarden Mark und unerschöpfliche innere Hilfsmittel besitzt, kann nicht durch äußeren Druck zum Aufgeben des Goldstandards, zur Inflation gezwungen werden. Wenn aber der Dollar in Amerika künstlich herabgedrückt wird, um den inneren Markt anzukurbeln, so besagt das nichts darüber, daß eine gleichzeitige Maßnahme auch auf das Wirtschaftsleben anderer Völker anzuregen wirken könnte.

Was kann durch eine Inflation für den inneren Markt eines Landes erreicht werden? Zunächst bedeutet eine Inflation, wenn es gelingt, das Lohnniveau konstant zu erhalten, einen Lohnabbau in voller Höhe der Währungsentwertung. Diesem Lohnabbau entspricht ein Preisabbau nur insoweit, als es sich um Rohstoffe und Fertigfabrikate heimischer Produktion handelt. Das bedeutet: Jede Währungsherabwertung ist eine Verminderung des Reallohnes, also genau das, was die deutsche nationale Regierung unter allen Umständen vermeiden will.

Man sagt weiterhin, daß eine Herabwertung der Währung eine Verstärkung der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt und somit eine Erhöhung der Ausfuhr nach sich ziehen würde. Diese Schlussfolgerung ist für Amerika zwar im bebingtem Umfange richtig, für Deutschland aber abwegig. Man berücksichtigt nämlich nicht, daß die deutsche Ausfuhr in die relativ offenen Ueberseemärkte notwendig passiv und begrenzt ist, während der deutsche Export in die Länder des europäischen Kontinents aktiv ist. Der deutsche Export nach Uebersee ist aus wirtschaftlichen Gründen nicht sehr steigerungsfähig, während der deutsche Export in die übrigen Länder des europäischen Kontinents an sich viel größer sein könnte, wenn er nicht durch Devisen- und andere Maßnahmen der europäischen Staaten künstlich gedrosselt worden wäre. Wird Deutschland nun auf dem Weltmarkt durch Währungsherabsetzung konkurrenzfähiger, so würde das nur zur Folge haben, daß die europäischen Kunden Deutschlands den deutschen Export schärfen als bisher broffeln, da sie eifersüchtig darauf sehen, daß das Verhältnis zwischen Einfuhren aus Deutschland und Ausfuhr nach Deutschland gewahrt bleibt. Eine Wertherabsetzung der Mark würde also vielleicht die Menge des Exports erhöhen können, aber nicht den Wert. Verstärkter Export durch Währungsverschlechterung bedeutet also letzten Endes Hungersnot ohne vermehrten Devisenanfall.

Darüber hinaus bedeutet Währungsverschlechterung für Amerika eine erhebliche Senkung der Verschuldung des Farmers, des Kaufmanns, des Industriellen. Es bedeutet also eine Bevorzugung des Schulners gegenüber dem Gläubiger, wie sie in Deutschland durch die Zinsherabsetzungen früherer deutscher Regierungen ebenfalls versucht worden ist. In Deutschland aber würde eine Herabwertung der Mark per Solvo einen verstärkten Schuldenbruch bedeuten. Allein die 21,6 Milliarden privater Schuldenverpflichtungen an das Ausland würden, da sie ausschließlich auf ausländische Währungen oder auf Gold lauten, eine würgende Föhnung für das gesamte innen-deutsche Wirtschaftsleben bedeuten.

Darüber hinaus würde aber unter den speziellen Verhältnissen Deutschlands sich noch der besondere Nachteil ergeben, den steigende Rohstoffpreise (und bei einer Währungsverschlechterung in Deutschland würden ja die Rohstoffpreise, in Mark gerechnet, unbedingt ansteigen) auf die deutsche Zahlungs- und Handelsbilanz ausüben. Die deutsche Einfuhr, im wesentlichen Rohstoffe, paßt sich natürlich sofort der Geldentwertung an, während die Fertigfabrikate, die Deutschlands Hauptausfuhrartikel bilden, in der Anpassung an das neue Währungsniveau zwangsläufig „nachhinken“ müssen. Daraus ergibt sich eine Verschlechterung der Zahlungsbilanz, die bei den besonderen Verhältnissen Deutschlands trotz besten Willens sehr leicht die „kontrollierte“ Inflation in eine unkontrollierte, ja unkontrollierbare verwandeln kann.

Hindenburg und die deutsche Jugend am 1. Mai 1933

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 28. April. Wie das Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda bekannt gibt, ist einem Wunsche des Reichspräsidenten folgend die Kundgebung am Morgen des 1. Mai im Lustgarten als eine Kundgebung deutscher Jugend und mithin als eine Kundgebung werdenden deutschen Lebens gedacht. Reichspräsident von Hindenburg, noch ein Sohn der alten Zeit, Repräsentant der Traditionen und Leistungen des alten Deutschlands, reicht an dem Tage, an dem die Jugend unseres Volkes öffentlich kundgibt, daß sie einig in ihrem Willen ist, der neuen Generation die Hand. Er hat es sich deshalb nicht nehmen lassen, am

Morgen des 1. Mai in einer gewaltigen Jugendkundgebung im Berliner Lustgarten persönlich das Wort zu ergreifen, um der deutschen Jugend einen Gruß zu entbieten.

Am dem Aufmarsch beteiligen sich sämtliche Berliner Schulen, die Volksschulen, die Realschulen, die Gymnasien; neben und mit den Schulen werden die Jungarbeiter, die Lehrlinge und die jungen Arbeitslosen marschieren. Wenn dann am Morgen dieses 1. Mai der Jubel der jungen Stimmen den ehrwürdigen Feldmarschall und Reichspräsidenten umbrannt, dann wissen wir, dieser neue Staat Adolf Hitlers hat auch die Jugend erfasst.

Neue Warnung vor unberechtigten Eingriffen

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 28. April. Reichsminister Dr. Hugenberg hat in der deutschnationalen Fraktionsitzung am Freitag folgende Erklärung abgegeben:

„Es kommen immer wieder Anfragen und Beschwerden über unberechtigte Eingriffe in wirtschaftliche Unternehmungen und Organisationen an mich. Ich kann nur von neuem auf die Erklärungen verweisen, die in letzter Zeit von verschiedenen Stellen der nationalen Regierung abgegeben sind. Unsere Freunde im Lande haben durchaus Recht und Anlaß, solchen Eingriffen

nicht zu weichen. Auch die auf dem Boden unserer Bewegung stehenden Beamten haben nach dem Willen der Regierung keinen politischen Druck zu fürchten. Im Einvernehmen mit Reichskanzler Hitler kann ich erklären, daß kein Beamter wegen seiner Zugehörigkeit zur deutschnationalen Bewegung oder wegen seines Eintretens für sie irgend eine Benachteiligung in seiner Stellung in Zukunft zu besorgen braucht. Auch er genießt den Schutz der nationalen Regierung.“

Gesetzespläne zum Schutz des Mittelstandes

Weitere Berichte vor der deutschnationalen Reichstagsfraktion

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 28. April. In der deutschnationalen Fraktionsitzung hielt der Reichskommissar für den Mittelstand, Ministerialdirektor Wienke, einen Vortrag über die geplanten Maßnahmen auf dem Gebiete der Mittelstandspolitik. Er kündigte ein Gesetz zum Schutze des Einzelhandels an, das für die Dauer von einigen Monaten die Eröffnung weiterer neuer Verkaufsstellen und eine unnötige Erweiterung bestehender Verkaufsräume behandelt. Es soll auch nicht mehr zulässig sein, selbständige Handwerksbetriebe innerhalb von Warenhäusern und ähnlichen Geschäften zu unterhalten. Wienke kündigte weiter den Erlaß eines Zugabebrotgesetzes unter Beachtung einer gewissen Uebergangsfrist an. Ferner ist eine Neuordnung der Innungen und Handwerkskammern durch eine Reichshandwerkskammer in Vorbereitung. Die vielfach gewünschte Auflösung der Handwerks- und Gewerbestammern sei nicht erforderlich.

Der Reichskommissar hat weiter die

Neubewilligung von 60 Millionen Mark für Hausreparaturen beantragt.

Auch die Frage des Abbaues der Hauszinssteuer soll sehr bald durch weitere Maßnahmen gefördert werden. Ein Vollstreckungsschutz gegen Zwangsversteigerungen und Pfändungen im Haus- und Grundbesitz und in Mittelstandswirtschaften ist gleichfalls in Vorbereitung.

Im weiteren Verlauf der deutschnationalen Fraktionsberatungen sprach Fraktionsabteilungsleiter Scheibe über die nationalsozialistischen

Pläne zur Umgestaltung der Wirtschaftsordnung.

Er verglich die Vorschläge des Wirtschaftsberaters der NSDAP, Dr. Wagener, mit einem im vorigen Jahre ausgearbeiteten Organisationsplan eines deutschnationalen, der ebenso wie der nationalsozialistische, die Durchführung des Volksgemeinschaftsgebauens auf der Betriebs-

gemeinschaft aufbaue. Die Vorschläge zeigten große Ähnlichkeiten. Es fehle lediglich bei den Deutschnationalen die letzte Zusammenfassung im Reichswirtschaftsrat. Der deutsch-nationale Vorschlag habe den Vorzug, daß er sich stärker an die vorhandenen öffentlich-rechtlichen Körperschaften der Wirtschaft anlehne.

Staatssekretär v. Rohr berichtete der deutschnationalen Reichstagsfraktion über die Agrarpolitik. Er bezeichnete als Ziel die

Unabhängigkeit unserer Ernährung und eine gesunde Lebensgrundlage für die deutsche Landwirtschaft.

Die Unabhängigkeit sei zu erreichen, wenn die Landwirtschaft aus ihrer Fehlproduktion herausgeführt würde. Das Mittel dazu sei der Preis. Gleich nach dem Amtsantritt der Regierung seien alle Getreideeinfuhren radikal abgesperrt worden. Gleichzeitig biete der Fetteplan dazu, der deutschen Butter und dem deutschen Schmalz einen starken Absatz zu eröffnen. Die Folge würden bessere Preise sein, und dann werde man auch die noch immer vorhandene Einfuhr ausländischer Futtermittel beschränken können, so daß die Landwirtschaft angewungen werde, eigene Futtermittel zu bauen. Dadurch werde die Getreideanbaufläche geringer, und statt der heutigen Fehlproduktion gelange man zu einer organischen Deckung des gesamten deutschen Bedarfs. Es könne keinem Zweifel unterliegen, daß die Wende zum Guten eingetreten sei. Das Gesetz zum Schutze des Gartenbaues werde auch auf diesem Gebiete Erfolg bringen. Die Frühkartoffeleinfuhr sei für die nächste Zeit herabgedrückt. Von größter Bedeutung sei der soeben abgeschlossene Handelsvertrag mit Holland. Hier habe Hugenberg unter Beweis gestellt, daß man Agrarpolitik treiben könne, ohne die Ausfuhrinteressen zu schädigen.

Somit ergibt sich, daß die Vorteile, die Gläubiger- und Rohstoffländer, wie Amerika, vielleicht durch eine Inflation vorübergehend haben können, für Deutschland auf diesem Wege unerreichbar sind. Aber auch in Amerika hat man ja inzwischen eingesehen, daß das Experiment der Dollarabwertung ein sehr zweifelhaftes ist, und die amerikanischen Bemühungen, sobald wie möglich zu einer Neustabilisierung des Dollars zu kommen, dürften wohl auch den letzten Zweifeln die Gefahren des Inflationsweges klar vor Augen geführt haben.

Zum Glück für Deutschland ist unter der geltenden Devisen- und Transfergesetzgebung die Gefahr internationaler Angriffe auf die Stabilität der Mark so gut wie ausgeschaltet. Der Wert der deutschen Mark ist praktisch von dem Umfang des Goldbestandes der Reichsbank unabhängig gemacht worden und kann einfach durch die Knappheit der Mark leicht verteidigt

werden. Damit ist in die Hand des Reichsbankpräsidenten Schacht die Macht gegeben, den Kurs der Mark unbedingte auf dem Goldniveau zu halten. Der Reichsbankpräsident weiß ganz genau, daß die Besonderheiten des einheitlich zusammengefaßten deutschen Staates es erlauben, die durch Inflation erstrebten Vorteile, wie Unterstützung gewisser in den Exportmöglichkeiten besonders beschnittener Industrien, Erleichterung des Schulden- und Zinsdrucks für städtischen und ländlichen Grundbesitz, auf anderem Wege genau so gut, aber viel gefährloser zu erreichen.

Und darum kann man sich darauf verlassen, daß der Reichsbankpräsident Schacht auch ein wahres Wort gesprochen hat, als er den bänischen Journalisten, die ihn interviewten, erklärte: „Gewiß, wer sein Geld durchanz verlieren will, dem kann ich nur raten, in deutscher Mark à la baisse zu spekulieren!“

Haftbefehl gegen Böß

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 28. April. Der Untersuchungsrichter beim Amtsgericht Berlin-Mitte hat nach der heutigen Vernehmung des früheren Oberbürgermeisters Gustav Böß Haftbefehl wegen fortgesetzter Untreue erlassen.

Einer der Brüder Barmat in Amsterdam verhaftet

(Telegraphische Meldung)

Amsterdam, 28. April. Von der Kriminalpolizei ist am Freitag in einem der größten Amsterdamer Hotels einer der Brüder Barmat verhaftet worden. Er wurde nach einem kurzen Verhör zur Staatsanwaltschaft gebracht.

Landgerichtsdirektor Hoffmann, Magdeburg, Landgerichtspräsident von Berlin

(Telegraphische Meldung)

Magdeburg, 28. April. Der frühere Magdeburger Landgerichtsdirektor Hoffmann, bekannt aus der Sensationsaffäre Haas-Schröder-Kelling in den Jahren 1925/26, ist jetzt zum Präsidenten der zusammengelegten Landgerichte I, II und III in Berlin ernannt worden. Hoffmann war seiner Zeit im Disziplinarverfahren zu einer Veretzung in eine Stellung gleichen Ranges verurteilt worden, hatte aber unter Verzicht auf Pension seinen Abschied genommen und sich in Magdeburg als Rechtsanwalt niedergelassen.

Das Freundschaftsverhältnis Stahlhelm-NSDAP.

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 28. April. Die „Kreuzzeitung“ veröffentlicht folgende Erklärung des Bundesführers des Stahlhelms, Franz Selbte:

„Zwischen dem Führer der nationalsozialistischen Bewegung, Adolf Hitler, und mir, dem Führer des Stahlhelms, haben längere Gespräche stattgefunden, deren Ergebnis war, daß unsere beiden Verbände in loyaler Zusammenarbeit zum Besten des Vaterlandes stehen wollen und werden. Dieses Freundschaftsverhältnis in feste Formen zu bringen, wird die Aufgabe der nächsten Zeit sein.“

Der Präsident des Reichskuratoriums für Jugendberückung, von Neufville, der schon früher in seiner Eigenschaft als Stahlhelm-Landesführer für Baden-Württemberg stets in enger Fühlung mit der nationalsozialistischen Bewegung stand und einer der stärksten Befürworter der Idee einer einheitlichen Nation war, ist ebenfalls der NSDAP beigetreten.

In einer Erklärung der Stahlhelmleitung wird festgestellt, daß kein Stahlhelmann verpflichtet ist, persönlich zur Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei überzutreten. Das ist ein persönlicher Entschluß, der jedem einzelnen vorbehalten bleibt. Von seinem Fahren und Entbinden ist nur der, der sich der Führung Adolf Hitlers nicht unterstellen will.

Der Führer des Stahlhelms, Reichsminister Selbte, hat sämtliche Gau- und Kreisführer des Stahlhelmverbandes aus ganz Deutschland am Sonntag, den 30. April, 13 Uhr, zu einem Appell im Reichsarbeitsministerium bestellt.

Luftverte in Tempelhof

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 28. April. Während der Tauffeierlichkeit für das Großflugzeug D 2500 der Deutschen Luft Hansa, die Sonnabend mittag auf dem Berliner Zentralflughafen Tempelhof stattfand, ist das Ueberfliegen der Flughafenzone Tempelhof in der Zeit von 11-14 Uhr verboten worden, um eine Störung der Feier durch das Motorengeräusch zu vermeiden. Aus den gleichen Gründen wird das Fliegen in den Zeitraum über der Reichshauptstadt für den 1. Mai in der Zeit von 6-24 Uhr verboten. Beide Verbote beziehen sich nicht auf die Flugzeuge des planmäßigen Luftverkehrs und auf die zu Vorführungs-zwecken ausdrücklich bestimmten Flugzeuge.

Zentrum und Beamtenchaft

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 28. April. Von der Parteileitung des Zentrums wird mitgeteilt:

„Aus dem Land ergehen Anfragen an die Reichsparteileitung, ob die Zugehörigkeit von Beamten zur Zentrumspartei Nachteile in sich schließt. Demgegenüber ist auf die bestimmten Zusicherungen der Reichsregierung und von Landesregierungen hinzuweisen, wonach die Zugehörigkeit eines Beamten oder Angestellten zur Zentrumspartei allein nicht Grund zu einer schlechteren Stellung ist. In der Zugehörigkeit zur Zentrumspartei kann eine nationale Unzuverlässigkeit umso weniger erblickt werden, als die Partei in ihrer praktischen Haltung und Betätigung an der nationalen Erneuerung positiv mitarbeitet.“

In einer Lande bei Harburg-Wilhelmsburg wurden zwei Frauen bei der Herstellung illegaler Druckschriften überraucht. Bei der Durchsuchung des Geländes wurden 13 Personen in Haft genommen.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluß entriß uns der Tod nach kurzem schweren Leiden, wohl vorbereitet mit den Gnadenmitteln unserer heiligen Kirche, unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Groß- und Urgroßmutter

Anna Maciejczyk

geb. Englisch,

im ehrenvollen Alter von 78 Jahren,

Beuthen OS., Chikago, den 27. April 1933,

Dies zeigen schmerzerfüllt an

**Maria Piernikarczyk, geb. Maciejczyk,
Alfred Maciejczyk und Frau,
Georg Maciejczyk und Frau,
Max Maciejczyk und Frau,
Enkel und Urenkel.**

Beerdigung Sonntag, d. 30. April, nachm. 3 1/2 Uhr, vom Trauerhause Hindenburg-
straße 11 aus. Requiem Dienstag, den 2. Mai, vorm. 8 Uhr, Herz-Jesu-Kirche.

Peter Ernst

Die Geburt eines Stammhalters
zeigen dankerfüllt an

Ernst und Maria Toschek
geb. Koj

Hindenburg OS., den 28. April 1933
Königshütter Straße 10

Am Morgen des 27. April entschlief unser früherer
Kirchenältester

Herr Baumeister Fedor Silber

Durch seine Familie mit der Geschichte unserer Kirchengemeinde von ihren Anfängen an eng verbunden, hat der Entschlafene in langer Lebensarbeit das alte Band auch seinerseits neu gefestigt. Durch das Vertrauen, der Gemeinde zum Mitglied der Gemeindevertretung, seit 1922 des Gemeindefürsors berufen, hat er in diesem Amt unsrer Gemeinde gedient, bis Rücksicht auf Kraft und Gesundheit ihn im vorigen Jahre zum Ausscheiden nötigten. Ueber das Grab hinaus gedenken wir in Treue des lieben Freundes und Mitarbeiters.

Der Gemeindefürsor und die Gemeindeverordneten
der Evangelischen Kirchengemeinde Hindenburg OS.

Beisetzung Sonntag, den 30. April, nachm. 3 Uhr, von
der Halle des Evangelischen Friedhofes.

Nachruf

Am 27. April 1933 verstarb unerwartet unser lang-
jähriger Chef

Herr Baumeister Fedor Silber

im Alter von 58 Jahren.

Er war stets ein vorbildlicher Vorgesetzter, gerecht,
freundlich und verständnisvoll gegen seine Unter-
gebenen. Alle, die mit ihm arbeiteten, werden ihm
Wertschätzung und Dank über das Grab hinaus be-
wahren.

Hindenburg, den 28. April 1933.

Die früheren technischen und kaufmännischen Angestellten
der Firma W. Silber, Baugefächert und Dampfzweigleierwerke.

Es lebe die Freiheit,
es lebe der Wein! (Faust)

Jeder Deutsche trinkt bei uns
1 Ltr. Fl. Stamm-Mosel od. Rhein
für nur 1.75 Mk. excl.

Tschauners Weinstuben
BEUTHEN OS., Dyngosstraße 8 / Kaiser-Franz-Joseph-Platz

Unsere
Firma lautet
fortan

SEIDENHAUS ALTGASSEN AG

SEIDENHAUS WEICHMANN AG

Gleiwitz / Beuthen / Oppeln

Nach längerem schweren Leiden verschied am 27. d. Mts. uner-
wartet unser allverehrtes Aufsichtsratsmitglied

Herr Baumeister Fedor Silber

Der Verstorbene ist im April 1922 an Stelle des Mitbegründers
unserer Bank und des Mitinhabers der Firma W. Silber, des Herrn
Baumeisters Johannes Langer, in unseren Aufsichtsrat eingetreten.

Tief ergriffen gedenken wir der großen Verdienste dieses vor-
trefflichen Mannes, der in den langen Jahren seiner Zugehörigkeit zu
unserem Unternehmen seine reichen Kenntnisse und Erfahrungen, soweit
es seine Zeit zuließ, in selbstloser Weise uns zur Verfügung stellte.
Seine hervorragenden Charaktereigenschaften und sein liebes, offenes
Wesen sichern ihm ein ehrenvolles Andenken über das Grab hinaus.

Hindenburg Oberschl., den 28. April 1933.

Aufsichtsrat und Vorstand der Deutschen Volksbank e. G. m. b. H.

Zum Sonnabend, dem 29. April, abends 21 (9) Uhr, findet
im Kaiserhofsaal, Beuthen OS., eine

Sitzung des Kaufm. Vereins

an welcher auch die selbständigen Mitglieder des
Kathol. Kaufm. Vereins eingeladen sind.

Der Vorstand des K. K. V.

inscribieren bringt Gewinn!

Siechen-Biere

in Krügen
3, 2 und
1 Liter

Siphons

in 3, 5 und 10 Litern
empfiehlt frei Haus

Bierhaus Bavaria, Beuthen, Teleph. 2350

Namslauer Bier Spaten-Bier

in 1-, 2- und 3-Literkannen und Siphons frei Haus

Beuthener Stadtkeller Tel. 4566

Am 1. Mai 1933, am Tage der nation-
alen Arbeit, findet auf behördliche An-
ordnung eine

Schulfeier

statt, zu der sich Lehrkörper und Schüler
um 8⁰⁰ Uhr versammeln.

Gleiwitz, den 28. April 1933.

Staatliches Gymnasium,
Staatl. u. Stadt. Oberrealschule,
Staatl. Oberlyzeum,
Städt. Realgymnasium i. E.



RÄDER
von 52⁵⁰
RM an
alle verchromt

FRANZ DYLLA
Beuthen O. S.
Kaiserplatz 2

Miet-Gewinne

Seeres, separ. Zimmer
sucht sofort alleinsteh.
Person. Angeb. unter
B. 3764 an die Geschäfts-
dieser Zeitg. Beuthen.

Möblierte Zimmer

Sonniges, freundliches
möbl. Zimmer
i. 1. od. 2. Persf. ab 1.5,
zu vermieten. Beuth.,
Subertusstr. 1, III. r.

Elegant möbliertes
Herrenzimmer,
sehr sonn., auch als
Büro geeignet, sofort
zu vermieten. Beuth.,
Dyngosstr. 48, II. Ust.,
am Kaiserpl., Haltepl.
aller Straßenbahnen.

Berläufe

1 Ballonrad,
1 Herrenrad,
1 Damenrad
stehen billig zum
Verkauf bei
S. Lehmann, Beuth.,
Donnersmarktstraße 5

Berläufe Umst. halber

2 Klaviere,

fabrikneu, gt. Marken-
fabrikate, schön poliert,
kreuzsaitig, bei 5jähr.
Garant., 40% u. Preis.
R o w a t, Beuthen,
Storastraße 4.

An unsere Inserenten!

Die **Sonntag-Ausgabe** der
»Ostdeutschen Morgenpost« v. 30. April

liegt über 2 Tage auf.

Ihre Wirksamkeit ist daher bedeutend
erhöht.

Wir empfehlen, in dieser Ausgabe zum
„Tag der deutschen Arbeit“ großzügig
zu inserieren.



Handelsregister

In das Handelsregister B. Nr. 110 ist bei-
der in Beuthen OS. bestehenden Zweignieder-
lassung in Firma „Aktiengesellschaft Siphons,
Zweigniederlassung Beuthen OS.“ Verlaufs-
büro“ eingetragen: Die Generalversammlung
vom 27. März 1933 hat die Ermächtigung des
Grundkapitals durch Einziehung von 8337
Aktien beschlossen. Die Ermächtigung ist er-
folgt. Das Grundkapital beträgt jetzt
3 010 000.— RM. Der Gesellschaftsvertrag
ist durch Beschluß der Generalversammlung
vom 27. März 1933 geändert in § 4 Abs. 1
(Grundkapital). Das Grundkapital genügt
jetzt in 30 100 Inhaberaktien zu je 100.— RM.
Amtsgericht Beuthen OS., 26. April 1933.

Stellen-Angebote

**Apotheken-
Assistent**

für Dauervertretung,
2-3mal wöchentl., v.
Beuthener Apoth. ge-
sucht. Angebote unter
B. 3769 an die Geschäfts-
dieser Zeitg. Beuthen.

Vermietung

Schöne, große
**3-Zimm.-
Wohnung**

mit Bad u. Beigelaß,
im Mtb. Beuthen OS.,
für sof. zu vermieten.
Angeb. unt. 2. n. 791
a. d. G. d. Stg. Bth.



UNNÖTIGE REKLAME-
kosten streichen.
In der
**OSTDEUTSCHEN
MORGENPOST**
inscribieren Sie

Kamelhaar-Mäntel
Raglanschnitt, ganz auf K'Seide
Reinwoll. Gabardin-Mäntel
neue Hammerschlag-Kleider
19.50!

Fesche Bouclé-Kostüme
auf Marok mit Schal u. Herren-Rever
Neueste Frühjahrs-Mäntel
aus prima Shetland und Bouclé
aparte Composé-Complets
29.50!

Hochwertige Mäntel
erstkl. Stoffe, beste Verarbeitung
Prima Herrenstoff-Kostüme
und schwarz und blau Kammgarn
beste Paßformen, auf Marokutter
36.50!

**JOHANNES
Reinbath**
GLEIWITZERSTR. 4

Sie werden
überrascht
sein!

Im Hause Reinbath ist die Eröffnung der
Spezialabteilung
**DAMEN-
KONFEKTION**

Ganz außergewöhnlich niedrige
Preise werden dieser Abteilung
den Charakter geben, und
schon diese 3 Beispiele zeigen
Ihnen, was Sie von dieser
Abteilung erwarten dürfen.

Und wir raten Ihnen dringend:
wenn immer Sie etwas an
Kleidung brauchen, besuchen
Sie diese Abteilung zu allererst.

Aus Oberschlesien und Schlesien

Reichskanzler Hitler Ehrenbürger von Hindenburg

Hindenburg schafft Arbeit

Wahl der Stadträte — Genehmigung des Tiefbauprogramms — Aenderung von Straßennamen

(Eigener Bericht)

300 000 Mt. Nachbewilligung für den Etat 1932

Hindenburg, 28. April.

Nach der Einführung von Stadtverordneten mit einer Aenderung der Geschäftsordnung befaßte sich das Stadtparlament zunächst mit der Wahl der Kommissionen und Deputationen, die geraume Zeit in Anspruch nahm. Sodann waren für den Haushaltsplan 1932 Mittel nachzubewilligen, da die Voranschläge nicht ausreichten. Insbesondere mußte der Etat der wirtschaftlichen Fürsorge verstärkt werden, da die Zahl der Wohlfahrtsverwehrlösen erheblich angestiegen ist. Allein etwa 64 000 Mark mußten zur Verstärkung der Krisenfürsorge bereitgestellt werden. Für die Unterbringung von Obdachlosen waren 45 000 Mark erforderlich. Auch der Steueretat erforderte einen Zuschuß, denn es stellte sich heraus, daß die Stadt an Rückleistungen 125 000 Mark über den Etatjahrs von 215 000 Mark hinaus aufwenden muß. Einstimmig wurden die Nachforderungen genehmigt.

Bei der Wahl der Stadträte stellte sich heraus, daß die Zentrumsliste eine Stimme mehr erhalten hatte als die Zahl der Stadtverordneten der Zentrumsfraktion beträgt. Diese Stimme ist offenbar von einem Abgeordneten der SPD abgegeben worden. Den Stadtverordneten vorsteher veranlaßte diese Tatsache zu der Bemerkung, daß die Ehe zwischen SPD und Zentrum noch zu bestehen scheint und damit das Tischgespräch zwischen den nationalen Parteien und dem Zentrum zerbrochen sei. Stadt. Siara gab namens der Zentrumsfraktion die Erklärung ab, daß irgendwelche Verabredungen nicht stattgefunden hätten. Von besonderer Bedeutung war der Beschluß des Stadtparlaments, Reichskanzler Adolf Hitler das Ehrenrecht zu

Die neuen Stadträte

Das Stadtparlament Hindenburg wählte am Freitag im Wege der Verhältniswahl auf Grund eingereicherter Listen der Fraktionen folgende Stadträte:

Von der NSDAP: Kaufmann Max Filinich, MdR.; Maschinist Walter Ring; Rechnungsführer Franz Cembolista, Dr. med. Günther Kob; Bergassessor Albert von

Damm, Bankbeamter Leo Abrahamczik; Ingenieur Heinrich Krug;

von der DNVP: Bergwerksdirektor Max Palm;

vom Zentrum: Oberstudiendirektor Vinus Schlepner; Arbeitersekretär Paul Gupta; Apothekenbesitzer Paul Stripiek.

verleihen. Ferner wurden mehrere Straßennamen umgeändert. Eine kleine Auseinandersetzung entspann sich über einen Dringlichkeitsantrag der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot, daß der Magistrat bei Neubesezung von Stellen nur solche Bewerber berücksichtigen soll, die sich seit 1918 nachgewiesen haben im nationalen Sinne betätigt haben. Die Zentrumsfraktion versuchte, diese Formulierung zu mildern, brang aber mit ihren Vorschlägen nicht durch.

Verlauf der Sitzung

Nach Eröffnung der Versammlung durch Stadt-Vorsteher Pabolski wurden 8 Stadtverordnete eingeführt, die an die Stelle ausgeschiedener Mitglieder des Stadtparlaments getreten sind, nachdem die Verordnung über die Bekämpfung von Mißständen in den Kommunen erlassen worden ist. Durch kommissarischen Oberbürgermeister Filinich wurden die Stadtverordneten Domogalla, Dr. Neumann, Cedzich, Kaczmarek, Schneider und Pappel von der NSDAP, und Spoida von der DNVP in ihr Amt eingeführt und verpflichtet. Eine Aenderung der Geschäftsordnung wurde in der Hinsicht vorgenommen, daß als Fraktion die Vertretung der Partei gilt, sofern ihr min-

destens fünf Mitglieder angehören. Durch eine weitere Aenderung der Geschäftsordnung wurde der Vorbereitungsausschuß um vier Mitglieder verkleinert. Er besteht aus dem Vorsteher und dessen Stellvertreter sowie 12 Stadtverordneten.

Bei der

Wahl der unbesoldeten Magistratsmitglieder

entfielen 26 Stimmen auf die Liste der NSDAP, 5 auf die Liste der Deutschnationalen und 12 auf die Liste des Zentrums. Von 10 unbesoldeten Magistratsmitgliedern, die zu wählen waren, wurden 6 durch die NSDAP, einer durch die DNVP, und drei durch das Zentrum bestellt.

Neber die Zusammensetzung der Deputationen und Kommissionen wurde ein besonderer Beschluß herbeigeführt, durch den die Zusammenlegung einiger Kommissionen und die Verringerung der Mitgliederzahl erfolgte. In den Untersuchungsausschuß, der auf Anordnung der Aufsichtsbehörde zu bilden war, wurden die Stadtverordneten Pabolski, Karhan und Abrahamczik von der NSDAP, und Mosler von der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot gewählt.

Stadt. Siara (Zentr.) wandte sich dagegen, daß im Untersuchungsausschuß nur zwei Parteien vorhanden sind. Er bat ferner um Mit-

Vorschüsse für Oberhütten

(Eigene Meldung)

Berlin, 28. April

In einer Freitag nachmittag im Reichswirtschaftsministerium auf Veranlassung des Kommissars bei Oberhütten, Dr. Kleiner, abgehaltenen Konferenz, an der Vertreter der Reichs- und Staatsregierung und der interessierten Banken teilnahmen, ist eine für die Gesellschaft wichtige Vereinbarung zustande gekommen. Auf Grund der ersten Vorstellungen Dr. Kleiners wurde allerseits Entgegenkommen bewiesen und einmütig beschlossen, durch Vorschüsse für die dringlichsten Notwendigkeiten die Liquidität zu bessern.

teilung, welche spezielle Aufgaben der Ausschuß haben solle. Die Zentrumsfraktion sei bestrebt, sich an allen Arbeiten zu beteiligen, und wie im Provinziallandtag wolle sie auch hier ihre Vertreter in den Ausschuß entsenden.

Stadt-Vorst. Pabolski erklärte, er lehne es grundsätzlich ab, über

Einzelfragen des Untersuchungsausschusses Ausführungen zu machen.

Stadt. Abrahamczik (NSDAP), der über diese Wahl referierte, erklärte, es werde die Frage aufgeworfen werden, aus welchen Mitteln das Kuratorium der Christlichen Arbeiterwohlfahrt Hindenburg das Gutachten von Professor Dominicus Böhm bezahlt habe. Man könne nicht Kläger und Richter in dem Ausschuß zusammenfassen. Es müsse abgelehnt werden, das Zentrum hineinzunehmen.

Stadt. Siara erklärte, daß seinerzeit ein christliches Jugendheim unter harter Beteiligung der karitativen Verbände geschaffen werden sollte. Damals habe man von Professor Böhm einen Entwurf auffertigen lassen.

Stadt. Abrahamczik betonte, daß dieser Betrag von der Hauszinssteuer abgezweigt worden sei, die man für diesen Fall

Eine geräumige 4 ZYLINDER Limousine für

1990 RM - bietet Ihnen nur OPEL

Kunst und Wissenschaft

Nationalpreis für Film und Buch

Das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda hat beschlossen, einen jährlich zu verteilenden Nationalpreis für dasjenige Buch- und Filmwerk auszuweisen, in dem nach dem Urteil Verursacher das aufrüttelnde Erlebnis unserer Tage den packendsten und künstlerisch reichsten Ausdruck gefunden hat. Es ist nicht notwendig, daß in diesen Werken in engerem und begrenztem Sinne Zeitgeschichte gestaltet wird. Die Reichsregierung behält sich aber für den Wettbewerb der kommenden Jahre vor, daß jeweils zu behandelnde Thema genau festzulegen.

Der Nationalpreis der Literaturklasse besteht in einem Betrage von 12 000 RM, der uneingeschränkt dem Verfasser zugesprochen wird. Für die Bewerbung um den Buchpreis sind alle deutschen Schriftsteller zugelassen. Es werden grundsätzlich nur solche Werke prämiert, die bereits im Druck erschienen sind. Es bedarf keiner direkten Bewerbung um den Preis. Es ist aber jedem deutschen Autor freigestellt, auch von sich aus dem Preisgericht zum Wettbewerb um den Preis sein dafür in Frage kommendes Werk einzubringen. Das Preisgericht schließt die Auswahl der zu berücksichtigenden Werke mit dem 1. März jeden Jahres. Die Auszeichnung für den mit dem Nationalpreis bedachten Film besteht in besonderen einmaligen Erzeugnissen deutscher Kunst, die den Herstellern und verantwortlichen Künstlern ausgehändigt werden. Auch hier bedarf es keiner Bewerbung um den Preis.

Das Preisgericht wird am 1. Januar jeden Jahres vom Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda ernannt. Es besteht aus je fünf Mitgliedern. Die Preisverteilung wird jeweils am 1. Mai vorgenommen.

Der neue Dresdener Generalintendant. Der mit der Leitung der Dresdener Staatstheater kommissarisch beauftragte Geheimrat Dr. Adolph wurde vom Reichskommissar für Sachsen zum Generalintendanten der sächsischen Staatstheater und der Staatskapelle ernannt.

Der größte vorgeschichtliche Goldschatz der Welt

Das Ungarische Nationalmuseum in Budapest bereitet eine Ausstellung vor, die eine einzigartige Sammlung von prähistorischen Goldarbeiten der Weltöffentlichkeit zugänglich machen soll. Es handelt sich um überaus wertvolle vorgeschichtliche Schmuckstücke, die größtenteils erst nach dem Krieg aufgefunden wurden. Der Fund der siebenbürgischen Flüsse ist stark goldhaltig, und so gab es schon in vorhistorischen Zeiten Goldwäschereien, deren Erträge bis nach Skandinavien veräußert wurden. Die Goldverarbeitung ist in der ungarischen Tiefebene sehr früh bekannt geworden, und die zahlreichen Armreifen, Halsketten, Spangen, Diademe, die im Laufe der Jahre aus ungarischem Boden geborgen wurden, legen Zeugnis ab von der staunenswerten Fertigkeit der prähistorischen Handwerker. In der Sammlung des Ungarischen Nationalmuseums gibt es auch feltische Schmuckstücke, die nach etruskischen Vorbildern gearbeitet sind, und auch der wertvolle Goldschatz von Anghal, der 1925 gefunden wurde, ist dort vertreten.

Dieser herrliche Goldschatz, der an Reichhaltigkeit sogar den des Britischen Museums übertrifft, hätte vor einigen Jahren auf Wunsch einzelner Kreise eingeschmolzen werden sollen. Man sollte es nicht für möglich halten, daß ein Abgeordneter allen Ernstes verlangte, dieses unnütze Gold einzuschmelzen und es zur Schmelzung des Berges zu verwenden. Zum Glück konnte man den Mann eines besseren belehren und der Wissenschaft diese unbezahlbaren historischen Funde erhalten.

Rücktritt des Berliner Krebsforschers Blumenthal. Professor Dr. med. Ferdinand Blumenthal, der Direktor des Berliner Universitäts-Instituts für Krebsforschung an der Charité, hat den Kultusminister gebeten, ihn von der Leitung des Krebsforschungs-Instituts zu entbinden. Professor Blumenthal wirkt seit 1903 am Krebs-Institut. — Im 58. Lebensjahr ist in Freiburg i. B. der Leiter des Freiburger Josef-Krankenhaus und Professor für Chirurgie an der Universität Freiburg, Dr. med. Adolf Oberst, gestorben.

Englische Gelehrte für Bernhard Bonzel. In einem Brief an die „Times“ wenden sich zwanzig

Professoren der Universität Oxford und Cambridge gegen die Entlassung des Gynäkologen Professors Dr. Bernhard Bonzel seines Amtes wegen. Sie betonen, daß sie nur von rein wissenschaftlichen Beweggründen geleitet würden, denn Bonzels Arbeiten auf dem Gebiet der Geschlechtsphysiologie seien in der ganzen Welt anerkannt, und durch ihn sei der Ruhm der deutschen Medizin gesteigert worden.

Der Greifswalder Geograph Braun in Untersuchungshaft. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft ist der Ordinarius und Direktor des Geographischen Instituts an der Universität Greifswald, Professor Dr. Braun, in Untersuchungshaft gebracht worden. Einzelheiten darüber, was Professor Dr. Braun vorgeworfen wird, werden im Interesse der Untersuchung nicht bekannt gegeben.

Otto Suchland. Der Bühnenleiter und Schriftsteller Otto Suchland vollendet heute sein 50. Lebensjahr. Suchland ist gebürtiger Breslauer, war Schauspieler zuerst am Kgl. Schauspielhaus in Potsdam, dann in Frankfurt a. M. und in Breslau, kam 1910 als Spielleiter, künstlerischer Bühnenbeirat und Schauspieler nach Berlin, wo er bis zum Ausbruch des Weltkrieges blieb und sich als Vorstandsmitglied der „Bereinigten künstlerischer Bühnenvorstände“ um den engeren Zusammenschluß der Bühnenkunst mit der Wissenschaft in den „Theaterwissenschaftlichen Instituten“ der Universitätsstädte verdient machte. Bekannt wurde er vor allem durch eigenkünstlerische Veranstaltungen großen Stils, so durch einen Vortrag des Christendramas „Rithad“-Stahns in der Johannis-Kirche in Breslau und in anderen Städten. Während der Zeit der Geldentwertung arbeitete er als Bergmann unter Tage im Waldenburger Kohlengebiet am „Wettertschacht“ bei von Rulmiz; seit 1925 lehrt er an der Breslauer Volkshochschule deutsche Sprache und deutsche Dichtkunst. Er gab u. a. ein „Bergwörterbuch“ heraus, die Hauptbegriffe der deutschen Bergmannssprache mit fachlichen Erklärungen.

Der deutsche Führer Adolf Hitler. Der Kunstverlag Rowohlt & Sohn (Frankfurt a. D.) hat zum 1. Mai ein außerordentlich wirksames Bild (18 x 24 Zentimeter auf Holz) zu dem billigen Preise von 0,95 M. herausgebracht. Das Bild eignet sich hervorragend zu Geschenkwedden und gibt den Ausdruck der Energie des deutschen Volkstanzlers in sehr zweckmäßiger Lichttönung wieder.

Festspielabend der Masterturnschule Dulawski im Stadttheater Kattowitz

Wie alljährlich veranstaltete die Masterturnschule Dulawski am Donnerstag einen öffentlichen Vorführabend. Der Leiter, Turnlehrer Dulawski, erläuterte Bedeutung und Sinn zeitgemäßer Körperkultur. Seine Schule zeigte unter Beteiligung von über hundert Mitwirkenden „Rhythmus und Leben“, d. h. Bewegungsformen, Spannungsbildungen, Spiele, Bodenübungen und Volkstänze. Die Verbindung von Wort und Bewegung im Rhythmus zeigte die Nummer „Die Gemeinsamkeit als Bekenntnis“. Nach einer Kugel- und Ballgymnastik zeigten einige Gruppen prächtige rhythmisch-gymnastische Übungen. Von besonderer Schönheit waren die von einer Mädchengruppe gezeigten fließenden Bewegungsformen sowie eine fabelhafte Sprunggymnastik und eine Rudergatta. Eine vortrefflich geschulte Oberklasse brachte unter dem Titel „Ausdrucks-gymnastik“ die Szenen „Mit geballter Kraft“ sowie die großartige Bewegungsstudie „Mauer und Welle“. Eine hochkultivierte, durchgeistigte Leistung war die „Tanzstudie“ nach Themen aus dem „Prélude“ von Rachmaninoff, getanzt von den Hilfslehrerinnen Jrmgard Gaida und Grete Boidol. Daß die vielen Kinderkassen unserer Kleinsten wieder beim Publikum Begeisterung auslösten, sei ebenfalls vermerkt. Die improvisierten Begleitungen des Pianisten Barbara unterstützten die Darbietungen aufs Beste. Das ausverkaufte Haus dankte dem erfolgreichen Leiter Dulawski mit herzlichem Beifall. Am Sonntagabend wird die Aufführung im Stadttheater wiederholt.

L. Sch.

Spielplan der Breslauer Theater. Stadttheater (Opernhaus): Sonntag (11) Veranstaltung der Spielschar der SL, (15,30) „Tiefenland“; (20) „Das Dreimäderlhaus“; Montag „Die Walküre“; Dienstag „Ballettrina“; Mittwoch „Das Dreimäderlhaus“; Donnerstag „Tiefenland“; Freitag „Ballettrina“; Sonnabend „Das Dreimäderlhaus“; Sonntag, 7. Mai (14) „Carmen“; 19,30 „Ball im Savoy“; — Gerhart Hauptmann Theater: Sonntag bis einschl. Freitag „Die Freier“; Sonnabend „Die Lokalbahn“; hierauf „Erster Klasse“; Sonntag, 7. Mai „Die Lokalbahn“, hierauf „Erster Klasse“.

Breslauer Konzentrationslager belegt

Schlesische und oberschlesische Schutzhäftlinge untergebracht

(Eigener Bericht)

Breslau, 28. April. Freitag mittags wurde an der Strehleiner Chaussee, im Südosten von Breslau, das erste schlesische Konzentrationslager mit 100 politischen Gefangenen eröffnet, nachdem seit 14 Tagen durch diese Stahlbrautzäune und sonstige Sicherheitsmaßnahmen angelegt worden waren.

Die Gefangenen lagen bisher im Polizeigefängnis Breslau. Um 13 Uhr marschierten sie geschlossen unter Bewachung von Polizei- und Hilfspolizeibeamten, von Tausenden von Menschen begleitet, von dem Polizeipräsidenten nach dem Lager. Dortselbst wurden sie von dem Lagerkommandanten, dem SA-Sturmabteilungsleiter Heintze, empfangen und mit den Pflichten eines Gefangenen bekannt gemacht. Am Nachmittag wurde das Lager durch den Breslauer Polizeipräsidenten, Obergruppenführer Heines, beaufsichtigt. Die Gefangenen sind in einem ehemaligen Pionierdepot, das aus sechs Wellblechbaracken besteht und das während des Krieges zur Unterbringung von Kriegsgefangenen Franzosen diente, untergebracht. Von den sechs sind bisher nur drei Baracken in Anspruch genommen worden. In zwei finden die 100 Gefangenen Aufnahme, während die dritte die Verkleidungskammer, die Wachtstube und die Sanitätsabteilung enthält. Die Gefangenen werden hier

zunächst auf 3-4 Monate untergebracht. Jedoch ist damit zu rechnen, daß einzelne auch länger inhaftiert bleiben.

In hygienischer Richtung ist bestens Vorsorge getroffen. Die Verpflegung erfolgt vom Polizeipräsidenten.

Unter den Gefangenen befinden sich an bekannten Persönlichkeiten der Breslauer Oberlandesgerichtsrat Bachtel, der Vorsitzende der Friedensliga in Breslau war und anlässlich des Deutschen Stahlhelmtages vor zwei Jahren ein Protesttelegramm an die Polnische Friedensliga geschickt hatte, ferner die beiden Leiter der „Eisernen Front“ in Breslau, der sozialdemokratische Redakteur Zimmer und der Parteisekretär Kufelcinski, ferner der Reichsbannerführer Alexander.

Im Laufe des Sommers

Reichstagsbrand-Prozeß

Der Fortgang der Voruntersuchung

„Manchester Guardian“ im Dienste des Bujeschewismus

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 28. April. Angesichts der ungläubigen Heße des „Manchester Guardian“ hat der Pressleiter der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion Gelegenheit genommen, den Untersuchungsrichter des Reichstagsbrandes, Reichsgerichtsrat Vogt, über den Stand der Untersuchung des Reichstagsbrandes zu befragen. Die Voruntersuchung richtete sich zunächst nur gegen den Täter, der schon in der Brandnacht im Reichstagsgebäude selbst festgenommen war. Erst später stieß man bei der Untersuchung auf die drei bulgarischen Kommunisten, die festgenommen worden sind, ebenso verdächtete sich der Verdacht gegen den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Torgler, und endlich fand man Zusammenhänge mit einer größeren Anzahl deutscher und ausländischer Kommunisten. Es sind in diesem Zusammenhang noch verschiedene Festnahmen erfolgt, über die zur Zeit noch nichts veröffentlicht werden kann.

Die Voruntersuchung wird in kürzester Zeit soweit abgeschlossen sein, daß das vorhandene Material dem Oberreichsanwalt zugeleitet werden kann. Die entbehrlichen Akten werden bereits laufend der Reichsanwaltschaft zugeleitet, sobald mit

Beginn des Prozesses noch in diesem Sommer

gerechnet wird. Die Verhandlung wird vor dem Vierten Straßentat des Reichsgerichts stattfinden. Nach Lage der Sache ist es wahrscheinlich, daß ein Teil der Hauptverhandlung in Berlin stattfindet, da es für den Richter wesentlich sein wird, sich über die Wirkung der einzelnen Brandlegungen an Ort und Stelle ein persönliches Urteil zu bilden.

Reichsgerichtsrat Vogt erwähnte noch die Tatsache, daß im Hinblick auf die Untersuchung voraussichtlich noch weiteren sehr wesentlichen Zusammenhängen nachgegangen werden muß, die von außerordentlicher Bedeutung sind.

Zu den Veröffentlichungen im „Manchester Guardian“ über die Brandlegungen im Deutschen Reichstag wird von zuständiger Seite erklärt, daß es

unverständlich ist, wie eine bedeutende englische Zeitung ihre Spalten derartig ungeheuerlichen Verunglimpfungen einer ausländischen Regierung öffnen kann.

Es ist bekannt, daß von einer Geheimdruckerei der kommunistischen Partei in Deutschland bereits seit Mitte April phantastisch erlogene Berichte über die Brandlegung des Reichstages aufgestellt worden sind und als Nachrichten an zahlreiche Pressevertreter des In- und Auslandes verkauft wurden. Es überrascht, daß der Inhalt dieser Lügenberichte über den Reichstagsbrand sich im wesentlichen mit

Von führenden Breslauer Kommunisten befinden sich in dem Lager der bisherige Stadtverordnete Brodde und die KPD-Redakteure Sellig und Közler sowie ein Russe, an leitenden Persönlichkeiten der SPD. sitzen ferner der praktische Arzt Dr. Korn aus Steine bei Breslau und der Schauspieler Kutner.

Der Führer der SA, Rechtsanwalt Dr. G. Stein, der ebenfalls in das Lager überstellt werden sollte,

hat sich im Polizeigefängnis aus dem Bett fallen lassen und eine Verletzung zugefügt, damit er diesen gemeinsamen Marsch nicht mitzumachen brauchte.

Seine Unterbringung wird in den nächsten Tagen erfolgen.

Auch mehrere oberschlesische Kommunistenführer sind in dem Breslauer Lager untergebracht. Einige weitere werden für die nächsten Tage erwartet. Am ersten Tage mußten die Gefangenen selbst noch die Sicherungsanlagen ausbauen. Die Polizeibeamten sind mit Maschinengewehren ausgerüstet. Abends wird die Umgebung durch Scheinwerfer beleuchtet. Die

Tageseinteilung

in dem Lager beginnt früh um 6 Uhr mit dem Wecken. Nach einem Appell folgt dann eine Arbeitszeit bis gegen Mittag. Am Nachmittag wird die Arbeitszeit fortgesetzt, sofern die Gefangenen nicht durch Unterricht über ihre staatsbürgerlichen Aufgaben bzw. durch Exerzierdienst beschäftigt werden. Gerade durch die letzten Maßnahmen hofft man, die Insassen des Lagers zu dem Staate wohlgesinnte Staatsbürger zu erziehen.

dem Artikel deckt, den der „Manchester Guardian“ bringt.

Wer die Kampfweise der kommunistischen Partei in den verflochtenen Jahren in allen Ländern der Welt verfolgt hat, weiß, daß die Brandlegung im Reichstage ganz in ihrer Linie liegt. Es kann niemand wunder nehmen, daß die kommunistische Partei die Schuld an dem Verbrechen einer Regierung zuschieben will, in der sie ihre unerträglichsten Gegner und Vernichter gefunden hat. Der „Manchester Guardian“ stellt sich somit offen in den Dienst der kommunistischen Propaganda.

Die Beschlagnahme der deutschen exterritorialen Gebäude in Frankreich

(Telegraphische Meldung)

Paris, 28. April. Havas teilt mit: Die Deutsche Regierung hat der französischen Regierung offiziell mitgeteilt, daß neben den Reichsfarben Schwarz-Weiß-Rot die Farbenrot-Weiß-Blau eine Nationalflagge des Reiches sei. Infolgedessen können auf den auf französischem Gebiet befindlichen deutschen Gebäuden, die das Recht der Exterritorialität genießen, also der Botschaft und den Konsulaten, beide Fahnen gehißt werden.

KPD.-Revolte unterbunden

Großer Polizei-Erfolg gegen die KPD. im Ruhrgebiet

(Telegraphische Meldung)

Recklinghausen, 28. April. In Gelsenkirchen, Westerholt und anderen Orten wurde eine groß angelegte Waffenrazzia durchgeführt, die großes Material zur Verfügung brachte. Der frühere Untergauleiter des Rotfrontkämpferbundes, Heinrich Lipphaus (Westerholt) wurde festgenommen. Bei Essen-Rupferdreh wurden in einem Stollen 57 schußfertige Gewehre gefunden. In

„Die politische Polizei hat festgestellt, daß die KPD. und der illegale Rotfrontkämpferbund systematisch im Ruhrgebiet durchorganisiert waren. Die einheitliche straffe Leitung für das Ruhrgebiet befand sich in Essen. Die ganze Organisation war so schlagfertig aufgezogen, daß sie jederzeit zu einer fürchtbaren Revolution ausbrechen konnte. Durch den festen Zugriff der Politischen Polizei Recklinghausen ist einem großen und umfangreichen Gefahren- und Unruhenherd ein fühlbarer Schlag versetzt worden.“

Neue Arbeiterzeitungen in den SPD.-Druckereien

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß es nicht erwünscht ist, produktive Betriebe längere Zeit ungenutzt ruhen zu lassen, hat man sich in der Öffentlichkeit auch mit der Frage beschäftigt, was eigentlich auf die Dauer mit den Betrieben der verbotenen sozialdemokratischen Parteizeitungen werden soll. Es ist jetzt der Vorschlag gemacht worden, in diesen Druckereien neue Zeitungen, und zwar reine Arbeiterzeitungen, herauszubringen, die politisch selbstverständlich den Absichten der nationalen Regierung entsprechen, im übrigen aber besonders die Interessen und Gedanken des Arbeiterstandes vertreten sollen. Da nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der bisherigen Leser sozialdemokratischer Zeitungen zur bürgerlichen Presse übergegangen ist, während viele völlig auf eine Zeitung verzichten haben, erscheint eine solche Umstellung und Neugründung nicht aussichtslos.

Sonderstrafgewalt über SA. und SS.

Wichtige Kabinettsbeschlüsse

(Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion)

Berlin, 28. April. Das Reichskabinett verabschiedete in seiner Sitzung zunächst ein Gesetz über die Wiedereinführung der Militärgerichtsbarkeit, die voraussichtlich vom 1. Oktober d. J. ab eingeführt wird, und ferner ein Gesetz betreffend die Dienststrafgewalt über die Mitglieder der SA. und SS. Danach unterliegen diese einer öffentlich-rechtlichen Dienststrafgewalt nach Maßgabe der Vorschriften, die der Reichskanzler als oberster SA.-Führer erläßt. Das Gesetz über die Dienststrafgewalt über SA. und SS. ist nur kurz:

„Die Mitglieder der SA. und SS. unterliegen einer öffentlich-rechtlichen Dienststrafgewalt nach Maßgabe der Vorschriften, die der Reichskanzler als oberster SA.-Führer erläßt.“

In der Begründung wird als Zweck des Gesetzes bezeichnet:

„Verstöße gegen Buht und Ordnung in geeigneter Weise ahnden zu können.“

Der Reichsarbeitsminister legte dem Kabinett einen

Das größte Gericht der Welt

Das neue Berliner „Einheitsgericht“, das durch die Zusammenlegung der drei Landgerichte geschaffen werden soll, wird das größte Gericht der Welt sein. Es umfaßt 120 Kammern, davon etwa 80 Zivilkammern, 10 Kammern für Handelsachen, 5 Kammern des Landesarbeitsgerichts und rund 30 Strafkammern. Da die bisherigen drei Landgerichte über zusammen 150 Kammern verfügten, wird das Einheitsgericht eine erhebliche Ersparnis bringen. Voraussichtlich werden an dem einheitlichen Landgericht 325 Richter amtieren. Damit wird das bisher größte deutsche Gericht, das Amtsgericht Berlin Mitte mit seinen 250 Richtern bei weitem übertroffen. Das Büropersonal dürfte mehrere tausend Angestellte umfassen. An die Spitze des Gerichts wird ein Präsident treten, dessen Name noch nicht bestimmt ist. Die Aufhebung der drei Landgerichte soll im Juli erfolgen.

Staatsratspräsident Dr. Leh bet bet die Errichtung einer „Pressestelle beim Reichspräsidenten“ angeordnet und den Gauleiter Graf Reichsach mit der Leitung der Pressestelle beauftragt.

Plan zur Arbeitsbeschaffung

vor, der dem Reichskabinett zur Grundlage für seine weiteren Beratungen in dieser Frage dienen soll.

Ferner nahm das Reichskabinett davon Kenntnis, daß durch einen Erlass des Reichspräsidenten das Reichskommissariat für Luftfahrt in ein Luftfahrtministerium umgewandelt wird. Ministerpräsident Goering, der bisher Reichsminister ohne Geschäftsbereich und Luftfahrtkommissar war, wird danach Reichsminister für Luftfahrt.

Der Gesetzentwurf über Maßnahmen zur Rettung des deutschen Gartenbanes wurde zugestimmt.

Im Zusammenhang mit anderen wirtschaftlichen Maßnahmen hat das Reichskabinett jüngst beschlossen, Bürgschaften für Kredite, die an Konsumgenossenschaften zum Zwecke der Stärkung der Liquidität dieser Genossenschaften gegeben werden sowie Zinsverbilligungsschüsse von jetzt an nicht mehr zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig hat es aber erklärt, daß die Reichsregierung keine Maßnahmen plane, die sich gegen den Bestand der Konsumvereine richten, und daß sie auch Einzelaktionen gegen Konsumvereine, durch die nur die Sicherheit der Spargeber freier Bevölkerungsschichten gefährdet werden könnte, nicht billige.

Preußen-Haushalt um 347 Millionen Mt. verringert

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 28. April. Das Preussische Staatsministerium hat den Staatshaushalt für das Rechnungsjahr 1933 beschlossen. Gleichzeitig mit dem Haushaltsplan 1933 wird durch das vom Staatsministerium beschlossene Haushaltsfeststellungsgesetz auch der seiner Zeit im Verordnungswege erlassene Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1932 nachträglich als formales Gesetz festgestellt.

Dem Haushaltsplan ist ein umfangreicher Vorbericht vorausgeschickt, der die Finanz- und Kassenlage des Preussischen Staates ausführlich darstellt. Das abgelaufene Rechnungsjahr wird im ordentlichen Haushalt mit einem Fehlbetrag von etwa 175 Millionen Mark, im Anlei-

haushalt mit einem solchen von 33,8 Millionen Mark abschließen.

Der Haushaltsplan für 1933 ist mit rund 2700 Millionen Reichsmark ausgeglichen. Einnahmen und Ausgaben sind um je 347,6 Millionen Reichsmark geringer als im Vorjahre veranschlagt.

Nach Abzug der lediglich durchlaufenden Posten von 29,9 Millionen Mark verbleibt noch eine Verminderung der Einnahmen und Ausgaben von 57,8 Millionen. Die persönlichen Ausgaben sind um 8,5 Millionen zurückgegangen. Die Sachausgaben sind nach Gegenrechnung der Erhöhung des Staatsbeitrages zur Landeshaushaltskasse und unter Berücksichtigung der gesamten Ersparnisse bei den einmaligen Ausgaben um 49,3 Millionen zurückgegangen. Die Zahl der Staatsbediensteten ist gegenüber dem Vorjahre um 2789 zurückgegangen.

Wie in dem Vorbericht zum Ausdruck kommt, kann es sich bei den vom Staatsministerium beschlossenen gesetzlichen Maßnahmen nicht um eine formelle Vereinigung der Finanzlage des Staates handeln. Die endgültige Sanierung der Haushalts- und Kassenlage hängt von der gesamten Wirtschaftslage ab.

Stellvertreter Hitlers in der Parteileitung

(Telegraphische Meldung)

München, 28. April. Der „Bölkische Beobachter“ veröffentlicht folgende Verfügung Adolf Hitlers:

„Den Leiter der Politischen Zentralkommission, P. Rudolf Heß, ernenne ich zu meinem Stellvertreter und erteile ihm Vollmacht, in allen Fragen der Parteileitung in meinem Namen zu entscheiden.“



Währungs-Zweikampf England — Amerika

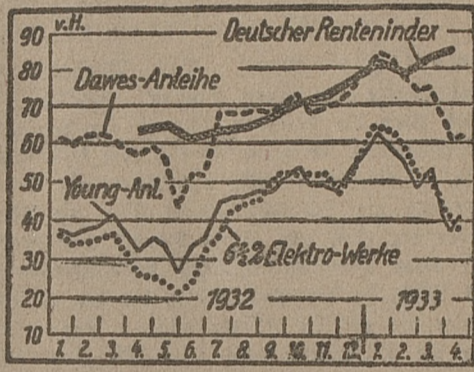
Es geht um den Stabilisierungskurs — Der Franc als Prügelknabe

Der Englische Ministerpräsident MacDonald hat Washington nicht verlassen, ohne die „grundsätzliche Einigkeit“ in den wichtigsten Fragen mit dem Präsidenten Roosevelt festgestellt zu haben.

Deutschland kann diesen Vorgängen mit Ruhe gegenüberstehen. Die Mark bleibt fest. Die Frage ist nur, ob Deutschland durch eine geringere oder stärkere Abwertung des Dollars oder des Pfundes eine stärkere oder geringere Verringerung seiner Auslands-schulden dabei gewinnen wird.

Der Kursrückgang der deutschen Auslandsanleihen

Nach der in der zweiten Hälfte des Vorjahres erfolgten Aufwärtsbewegung der Kurse deutscher Auslandsanleihen hatte im Januar des neuen Jahres ein Rückschlag eingesetzt.



Der Rückgang der Kurse der deutschen Auslandsanleihen ist erfolgt in einer Zeit, in der die Kurse deutscher Rentenwerte an den heimischen Börsen ihre Aufwärtsbewegung fortgesetzt haben.

Noch steht man gewahr bei Fuß, und diese Zeit benutzt man, um sich nach Mitkämpfern umzusehen. Wer die englische Finanzpresse in den letzten Tagen beobachten konnte, wird festgestellt haben, wie geschickt die Engländer die französische Forderung nach Vermeidung einer Weltinflation und nach einer baldigen Stabilisierung der internationalen Währungen aufgegriffen haben.

Rußlands Wirtschaftsvertreter in Polen

Am 1. Mai trifft auf Einladung des Verbandes der Polnischen Handelskammern in Warschau eine Abordnung russischer Wirtschaftsvertreter ein, die in allen größeren Industrieorten Polens, in denen russische Bestellungen ausgeführt werden, ihren Besuch machen wird.

Aenderung von Kohlen-Ausnahmetarifen für Oberschlesien

Im Rahmen des Ausnahmetarifs 6 B 12 für die Beförderung ober-schlesischer Steinkohlen nach dem Ostsee-Küstengebiet wird ab 1. Mai d. J. der Frachtsatz-Zeiger 3 (Versand nach Ostpreußen) dahin ergänzt, daß für

Keine Gefahr für die Reichsmark

Die 15prozentige Golddeckung der Reichsmark hat in vielen besorgten Gemütern die Frage nach der Aufrechterhaltung des Kursstandes unserer Mark aufzuwerfen lassen. Demgegenüber muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß nicht die Golddeckung die Stabilität der Währung gewährleistet, sondern die relative Knapphaltung des Geldumlaufes.

Die Frage einer Eindämmung des Transfers wird sowieso nicht zu umgehen sein. Nach dem letzten Bericht der Reichsbank hat Deutschland seit dem Herbst 1930 10 Milliarden Auslandsverpflichtungen zurückgezahlt.

eine Entfernung von 444 bis 456 km ein Frachtsatz von 104 Rpf. je t berechnet wird. Der Ausnahmetarif 6 G 31 für oberschlesische Steinkohlen, die nach Oderberg und den deutsch-österreichischen Grenzübergangs-Bahnlinien befördert werden, und der Ausnahmetarif 6 G 42, der für die Beförderung ober-schlesischer Steinkohlen nach deutsch-tschechoslowakischen Grenzübergangs-Bahnlinien gilt, werden bis zum 30. April 1934 verlängert.

Nürnberger Lebensversicherungs-Bank in Nürnberg. Der Reingewinn im Geschäftsjahr 1932 beträgt 1.765.941,95 RM. (1.902.208,80 RM.). Der Aufsichtsrat hat beschlossen, der am 17. Mai 1933 stattfindenden Generalversammlung vorzuschlagen, für das verfllossene Geschäftsjahr 10 Prozent Dividende zu verteilen.

Berliner Börse

Zunehmendes Kaufinteresse

Berlin, 28. April. Nachdem die Prämienklärung gestern glatt vorübergegangen ist und auch der Ultimo als solcher kaum noch Schwierigkeiten machen dürfte, zeigte sich heute seitens der Kundschaft zunehmendes Kaufinteresse, so daß die Anfangstendenz des heutigen Börsenverkehrs beinahe als fest bezeichnet werden konnte.

buchforderungen waren dagegen nur behauptet. Am Markt der Goldpfandbriefe war jedoch das Geschäft äußerst gering, so daß man hier noch teilweise mit kleinen Kursrückgängen rechnet.

Breslauer Produktenbörse

Ruhig

Breslau, 28. April. Die heutige Börse verlief sehr ruhig, die Preise schwächten sich für Weizen um etwa 2 Mark und für Roggen um etwa 1 Mark ab.

Frankfurter Spätbörse

Still

Frankfurt a. M., 28. April. Aka 35, AEG 28,75, IG Farben 144,75, Lahmeyer 132,5, Rütgerswerke 63 1/2, Schuckert 109, Siemens und Halske 165,5, Reichsbank 100,75, Hapag 19,5, Nordd. Lloyd 20, Reichsbank 195,75, Buderus 78, Klöckner 69, Stahlverein 46,5.

Berliner Produktenbörse

Table with 2 columns: Product Name and Price. Includes items like Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, etc.

Breslauer Produktenbörse

Table with 2 columns: Product Name and Price. Includes items like Getreide, Futtermittel, etc.

Berliner Schlachtviehmarkt

Table with 2 columns: Animal Type and Price. Includes items like Ochsen, Fresser, etc.

Table with 2 columns: Animal Type and Price. Includes items like Auftrieb, Rinder, etc.

Londoner Metalle (Schlußkurse)

Table with 2 columns: Metal Name and Price. Includes items like Kupfer, Zinn, etc.

Berliner Devisennotierungen

Table with 4 columns: City, Currency, and Exchange Rate. Includes items like Buenos Aires, Canada, etc.

Valuten-Freiverkehr Berlin, den 28. April. Polnische Noten: Warschau 47,40 - 47,60, Kattowitz 47,40 - 47,60, Posen 47,40 - 47,60, Gr. Zioly 47,10 - 47,50, Kl. Zioly -

Steuergutschein-Notierungen

Table with 2 columns: Year and Rate. Includes items like 1934, 1935, 1936.

Berlin, 28. April. Elektrolytkupfer (wirebars), prompt, cif Hamburg, Bremen oder Rotterdam: Für 100 kg in Mark: 51,75.